

## Ahnen stolz auf jüngste Lehrer bundesweit

Unterrichtsversorgung hat hohe Priorität / CDU: Regierung vor bildungspolitischem Bankrott



Über die Unterrichtssituation an rheinland-pfälzischen Schulen und die Zahl fehlender Lehrkräfte prallten gestern die Ansichten von Regierung und Opposition im Landtag hart aufeinander.

Archivfoto: dpa

Vom 05.03.2009

**MAINZ. Hart prallten gestern erneut die Ansichten über die rheinland-pfälzische Bildungspolitik im Landtag aufeinander. Während Bildungsministerin Ahnen auf die hohe Unterrichtsversorgung verwies, sprach die die CDU von bildungspolitischem Bankrott.**

Von

Stefanie Widmann

Ein Versagen in der Bildungspolitik warf Bettina Dickes in einer von der CDU beantragten Aktuellen Stunde der Regierung in der Bildungspolitik vor und verwies darauf, dass nach Angaben der Gewerkschaft Bildung und Wissenschaft über 800 Lehrer im Land fehlen. Gleichzeitig seien 700 Bewerber um ein Referendariat abgelehnt worden. Außerdem mache die schlechte Bezahlung das Land für Lehrkräfte unattraktiv. "Da wünscht man sich doch fast wieder Bildungsminister Zöllner zurück", so die CDU-Politikerin. Der habe begriffen, wie man die besten Lehrer nach Berlin holen und sie dort halten könne. "Rheinland-Pfalz hat bundesweit die höchste Steigerung bei den Ausgaben für Verwaltung und die schlechteste Bezahlung für Lehrer", monierte Dickes. Das Ansehen der Lehrer im Land werde immer schlechter, weil zu viele Seiteneinsteiger angestellt würden. "Wenn man den Eindruck erweckt, das kann jeder machen, wie soll man da Respekt vor Lehrern haben?"

Ganz anders stellt sich die Situation an den Schulen aus Sicht von Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD) dar. Zwar gebe es in Rheinland-Pfalz - wie bundesweit - einen Mangel an Lehrern in einzelnen Schularten und Fächern, aber keinen generellen Lehrermangel. "Wir haben jährlich rund 1 500 Personen in den Schuldienst neu eingestellt", betonte sie. Besonders stolz sei sie, dass das Land bundesweit die meisten Lehrer unter 30 beziehungsweise zwischen 30 und 40 Jahren habe, nirgends sonst gebe es so viele junge Lehrer. Auch gegen eine schlechte Bezahlung verwahrte sie sich. "Zöllner zahlt bis zu 1 200 Euro mehr, weil das Land Berlin Lehrer im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz nicht mehr verbeamtet. Ahnen verwies zudem auf die steigende Zahl von Studierenden. Die Regierung baue aktuell zudem die Ausbildungskapazität für angehende Gymnasiallehrkräfte um weitere 120 Plätze aus. Ulla Brede-Hoffmann verwies für die SPD auf eine Unterrichtsversorgung von 98,3 Prozent. Jede Stelle sei neu besetzt worden und seit Beginn des Jahrzehnts seien 5 000 neue geschaffen worden.

Werner Kuhn forderte für die FDP die Bundesländer auf, nicht in Konkurrenz um die Lehrer zu treten. Es sei auch Aufgabe der Kultusministerkonferenz, das Lehrerbild positiv zu beeinflussen.